

Wir über uns

Darüber, was das Ganze überhaupt darstellt und wozu es gut sein soll

Nein, Sie halten keinen Werbezettel in der Hand, auch kein Flugblatt. Vielmehr ist dies ein ernst gemeinter Versuch, etwas gegen die mangelnde Informationspolitik in unserer Gemeinde zu unternehmen. "Die Andere" will eine Informations- und Meinungsbörse für Leegebruch sein, keine Zeitung im herkömmlichen Sinne.

Vor allem Veranstaltungshinweise, Informationen aus Gemeindevertretung und -verwaltung, Meinungen und Kommentare zur Kommunalpolitik wird es hier zu lesen geben, doch soll das noch nicht alles sein. Je-

der hat die Gelegenheit, sich zu äußern, lange angesammelten Frust loszuwerden, seinen Standpunkt darzulegen oder Tips (wozu auch immer) weiterzugeben, was in anderen Zeitungen nicht immer ganz einfach ist.

"Die Andere" ist ehrlich, offen, kritisch, fragend, manchmal provokativ und sicher nicht immer objektiv. Die Herausgeber und Autoren vertreten ihre Meinung und erheben daher auch gar nicht erst den Anspruch, immer unparteilich zu bleiben. "Die Andere" ist eben anders!

Da wir Postwurfsendungen ablehnen und wohl niemand etwas Unbekanntes kaufen würde, liegen die einzelnen Ausgaben in verschiedenen Geschäften aus (und es gibt sie auch direkt bei den Herausgebern).

Finanziert wird das Ganze bisher aus Eigenmitteln mit freundlicher Unterstützung einiger Gewerbetreibender.

Mit etwas Glück und vorausgesetzt irgendjemand liest, was hier geschrieben wird, gibt es von nun an jeden Monat eine Ausgabe - natürlich kostenlos!

Die Herausgeber

Junisitzung mit kleinen Mängeln

Die Junisitzung der Gemeindevertreter wurde trotz Schwierigkeiten recht interessant. Überraschend viele Bürger anwesend.

Obwohl einige Gemeindevertreter erst später erschienen (wie hier anscheinend üblich), begann die Beratung pünktlich. Der Gemeindevertretervorsteher wirkte wiederholt etwas unvorbereitet, und es gelang dann leider auch nicht, die genaue Anzahl der anwesenden Abgeordneten festzustellen. Doch trotz diesen Schwierigkeiten konnten die Bürger eine selten informative und offene Veranstaltung miterleben. Der als Tagesordnungspunkt eingegebene Verwaltungsvertrag mit der BiWoBa (Birkenwerderer Wohnungsbaugesellschaft) kam nicht zustande; aufgrund der hohen Personalkosten nach der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist die BiWoBa leider nicht in der Lage, die Verwaltung der gemeindeeigenen Gebäude zu

(Fortsetzung auf Seite 2)

Grundstücksverkäufe von 1990 sind noch immer nicht gültig

Die bereits 1990 abgeschlossenen Verträge über Grundstücksverkäufe sollen nach zwei Jahren plötzlich nachgebessert werden. Die Abgeordneten fragen sich, welchen Wert ihre Beschlüsse für Leegebruch überhaupt haben.

Für Aufregung sorgte die Information des Bürgermeisters, die bereits 1990 nach dem sogenannten "Modrowgesetz" abgeschlossenen Verträge über Grundstücksverkäufe seien nicht rechtskräftig.

Nachdem Anfang diesen Jahres ein neuer Beschluß der Gemeindevertretungen über jeden einzelnen Kaufvertrag vom Landesinnenministerium verlangt wurde, sollen diese jetzt plötzlich um zwei Paragraphen erweitert werden.

Diese "Nachbesserungen" betreffen erstens ein Vorkaufrecht der Kommune bei Wiederverkauf und zweitens eine sogenannte Wertabschöpfungsklausel, nach der innerhalb der nächsten zehn Jahre jeder Gewinn am Wiederverkauf der Fläche auf ein gesondertes Konto des Innenministeriums fließen soll. Wäre der Käufer, mit diesen Klauseln nicht einverstanden, so würde der Vertrag nicht bestätigt und kein Grundbucheintrag erfolgen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Asylbewerber in die "Landeschule" abgeschoben

Wie das Landratsamt durch Bürgermeister Horst Eckert mitteilen ließ, sollen in der Landeschule Asylbewerber "vorübergehend" untergebracht werden. Mehr dazu auf Seite 2.

Junisierung...

(Fortsetzung von Seite 1)

übernehmen, wenn die Gemeinde an der Personalübernahme festhält.

Als zweites Thema stand die geplante Wohnbebauung an der Birkenallee auf der Tagesordnung. In dem hier entstehenden "reinen" Wohngebiet wird es neben verschiedenen Wohnhaustypen (Firsthöhen bis 13,8 m) auch drei Spielplätze geben, der Rodelberg jedoch soll zum Schlangenberg umgesetzt werden. Der Beschluß stellt keine entgeltliche Entscheidung dar, vielmehr sind nun die Bürger gefordert: Zur Einsichtnahme liegt der Bebauungsplan vier Wochen lang (also bis 25.7.) in der Gemeindeverwaltung aus, Gelegenheit Bedenken, Forderungen und Fragen anzubringen. Erst nach dieser Frist der Bürgerbeteiligung, beschließt die Gemeindevertretung (mit eventuellen Änderungen) endgültig. rg

Grundstücksverkäufe von 1990 sind noch immer nicht gültig

(Fortsetzung von Seite 1)

Nicht nur unter den anwesenden Bürgern, auch bei den Abgeordneten entstanden Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines solchen Vorgehens. Immerhin hatte man nach damaligen Gesetzen einen "gültigen" Vertrag geschlossen, der sogar von der Kommunalaufsicht auf seine Richtigkeit geprüft worden war.

Sollte damals schon bekannt gewesen sein, daß die Verträge ungültig waren, stellt sich die Frage, warum die Käufer dies erst jetzt erfahren.

Man werde diese Verfahrensweise nicht einfach hinnehmen, jedoch seien nun die einzelnen Bürger gefordert, etwas zu unternehmen, so die Gemeindevertreter. Einhelligkeit bestand dann auch in der Forderung nach parteiübergreifendem Handeln, wer jedoch die Initia-

tive ergreift, war noch offen.

Neben einer Einwohnerversammlung zur Information der Bevölkerung Leegebruchs wurde auch vorgeschlagen, Innenminister Alwin Ziel einzuladen, um seinen Forderungen zu verteidigen. Ob jedoch irgendetwas geschieht, bleibt abzuwarten.

Werden die Bürger nicht aktiv, kann auch der Bürgermeister nichts unternehmen, für die Verwaltung ist die Dienstanweisung bindend.

Anscheinend versucht man mit allen Mitteln, die Grundstücksverkäufe im nachhinein rückgängig zu machen, und so werden auch Stimmen lauter, die befürchten, immer neue Forderungen würden jetzt plötzlich auftauchen und die Verträge doch noch kippen. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe. rg

Bärenklau erhält Asylbewerberheim

Asylbewerber sollen in der ehemaligen FDJ- Hochschule untergebracht werden. Landratsamt stellt Bürger und Verwaltung vor vollendete Tatsachen. Bewohner fürchten rechtsradikale Übergriffe.

Ab Juli/August diesen Jahres sollen 200-300 Asylbewerber in der ehemaligen FDJ- Hochschule untergebracht werden, so der Bürgermeister zur letzten Gemeindevertretersitzung.

Fraglich hierbei sind nicht die Asylbewerber selbst, sondern die Verfahrensweise entsprechender Stellen im Landratsamt (LRA). Die häufigen Ausschreitungen im Jugendzentrum geben schon jetzt Anlaß zur Besorgnis.

Wie sich in der Bürgerfragestunde herausstellte, wurde selbst die Landesschule erst vor wenigen Tagen informiert, obwohl das LRA schon lange von der Unterbringung der Asylbewerber gewußt haben muß. Anwohner dieses Anwesens haben darauf

sofort mit einem offenen Brief reagiert, der sich nicht gegen die Asylbewerber, wohl aber gegen die Informationspolitik durch das LRA richtet.

Von anderer Seite wurde festgestellt, daß die technischen Gegebenheiten des Objekts völlig unzureichend sind. So fehlt ein zugängliches Telefon, die Hydranten seien unbenutzbar und die Sanitäranlagen überlastet und häufig verstopft. Last but not least gibt es Probleme mit der Wasserversorgung.

Die Frage nach der notwendigen Schulausbildung der Kinder konnte der Bürgermeister nicht beantworten, da er sich nicht kompetent sah, weitere Informationen zu veröffentlichen.

Darauf sei hier hingewiesen: ich habe nichts gegen Asylbewerber. Aber eine so miserable Politik des Kreises zeugt meines Erachtens von dessen Unwillen, anstehende Probleme zusammen mit den Bürgern anzugehen.

Ein Mindestmaß an Sicherheit muß doch gewährleistet sein, wenn Asylbewerber untergebracht werden, gerade weil dies gewaltbereite Gruppen aus den rechten Reihen mobilisieren könnte.

Was wird nun weiter geschehen? Mittlerweile hat der Fernsehsender RTLplus sein Interesse an den hiesigen Vorgängen bekundet. Auch wir werden dranbleiben... gs